



## Niederschrift

**über die Sitzung des Umwelt- und Planungsausschusses 39/2003-2008 am  
10.09.2007 im Sitzungsraum 1.22 des Rathauses**

---

**Beginn: 18.00 Uhr**

**Ende: 21.20 Uhr**

Anwesend:

Ausschussvorsitzender

Frank Rauen

Ausschussmitglied

Elisabeth von Bressendorf

”

Henning Jungclaus

”

Uwe Köhlmann-Thater

”

Volker Mohr

”

Horst Ostwald

”

Siegfried Ramcke

”

Johann Schümann

stellv. Ausschussmitglied

Edda Lessing (f. AM Klaus Kasch)

”

Joachim Süme (f. AM Alexander Rahl)

”

Klaus-Peter Eberhard (f. AM Hans-Joachim Rösel)

ferner

Ortsbeauftragter für Naturschutz und Landschafts-  
pflege Johannes Engelbrecht

Mitglieder des Seniorenbeirates

seitens der Gemeindeverwaltung:

Bürgermeister Volker Dornquast

Jörn Mohr

Volker Duda

Rolf Gramckow

Christian Herzbach als Protokollführer

entschuldigt fehlt:

Klaus Kasch

Alexander Rahl



Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Es erfolgt die Beratung über die vorgelegte Tagesordnung.

Herr Köhlmann-Thater regt an, die Punkte 15 und 17 der Tagesordnung wegen ihres engen Zusammenhanges in einen Tagesordnungspunkt zusammenzufassen und zu beraten.

Herr Ostwald sieht sich durch die verspätete Zustellung der Vorlage zum TOP 16 – Haushalt- nicht in der Lage, diesen Punkt zu beraten. Die Vorlage ist erst am Tag der Sitzung bei ihm eingetroffen. Andere Ausschussmitglieder äußern sich in gleicher Weise.

Bürgermeister Dornquast erläutert, dass die späte Zustellung auf einen Bearbeitungsfehler der Zustelldienste zurückzuführen ist.

Herr Rauen schlägt vor, angesichts der regen Teilnahme von Anliegern der Falkenstraße und Umgebung an der Sitzung, den Punkt 13 unter Punkt 5 in die Tagesordnung vorzuziehen. So würde etlichen Besuchern eine Wartezeit bis zur Beratung des sie interessierenden Themas erspart.

Die Ausschussmitglieder stimmen diesem Vorschlag einvernehmlich zu.



Es ergibt sich somit folgende Tagesordnung:

**Tagesordnung:**

1. **Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**
2. **Genehmigung der Niederschrift des Umwelt- und Planungsausschusses 37/2003-2008 am 11.06.2007**
3. **Genehmigung der Niederschrift des Umwelt- und Planungsausschusses 38/2003-2008 am 02.07.2007**
4. **Berichtswesen**
  - **Bericht Nr. 04/13/2007**  
„Erteilung gemeindliches Einvernehmen gemäß § 36 BauGB“
  - **Bericht Nr. 04/14/2007**  
„Verfahrensstände der Bebauungspläne und Änderungsverfahren“
  - **Bericht Nr. 04/15/2007**  
„Planungsstände und Bauzustände Grünplanung und Umwelt
  - **Bericht Nr. 04/16/2007**  
„Planungsstände und Bauzustände von gemeindlichen Projekten im Tiefbau“
  - **Bericht Nr. 04/17/2007**  
„Fällarbeiten und größere Gehölzschnearbeiten in den Grünanlagen der Gemeinde Henstedt-Ulzburg bis Frühjahr 2007
5. **Bushaltestelle Kranichstraße/AKN**
6. **Bebauungsplan Nr. 37 „Radeland“, 3. Änderung**
  - erneuter Aufstellungsbeschluss -
  - Entwurfs- und Auslegungsbeschluss -
7. **Bebauungsplan Nr. 65 „Am Wischhof-Westteil“, 1. Änderung (Ecke Norderstedter Straße / Schniederkoppel )**
  - Beratung über die eingegangenen Anregungen und Bedenken der öffentlichen Auslegung -
  - Satzungsbeschluss -
8. **Bebauungsplan Nr. 72 „Trögenölk“, 5. Änderung (südlich Lärmschutzwand Kadener Chaussee)**
  - Beratung über die eingegangenen Anregungen und Bedenken der öffentlichen Auslegung -
  - Satzungsbeschluss -
9. **Bebauungsplan Nr. 87 „Südlich Am Lindenhof“, 2. Änderung**
  - Beratung über die eingegangenen Anregungen und Bedenken der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung -
  - Entwurfs- und Auslegungsbeschluss -



10. **Bebauungsplan Nr. 92 „Nördlich Dorfstraße“, 1. Änderung (Kreisverkehr)**
  - Beratung über die eingegangenen Anregungen und Bedenken der öffentlichen Auslegung -
  - Satzungsbeschluss –
11. **Bebauungsplan Nr. 99 „Schule Ulzburg-Süd - Abschiedskoppel“, 3. Änderung (abweichende Bauweise Grundschule)**
  - Beratung über die eingegangenen Anregungen und Bedenken der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung -
  - Entwurfs- und Auslegungsbeschluss -
12. **Bebauungsplan Nr. 121 „Am Kadener Galgen“**
  - Beratung über die eingegangenen Anregungen und Bedenken der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung -
  - Entwurfs- und Auslegungsbeschluss -
13. **Um- und Erweiterungsbau der zentralen Feuerwache**
14. **Weihnachtsbeleuchtung**
15. **Bürgerpark Beckersberg**  
**Vandalismus und Verschmutzungen**
16. **Haushalt 2008**
17. **Treffpunkte für Jugendliche**  
hier: Antrag der WHU
18. **Gestaltung der Hamburger Straße nach dem „Shared Space“ Konzept**  
hier: Antrag der FDP
19. **Bau- und Vorbescheidsanträge, die von den Festsetzungen der Bebauungspläne abweichen (Befreiungen, Ausnahmen, usw.)**
  - werden in der Sitzung vorgetragen -
20. **Unterrichtungen / Anfragen**
21. **Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**
22. **Vergabe der Kanal- und Straßenbauarbeiten für den Ausbau des Kirchweges von der Lindenstraße bis zur Bahnhofstraße**
  - nichtöffentlich -



**Zu Punkt 1 der Tagesordnung:**

**„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“**

Herr Horst bittet um Beantwortung der Frage, wie die Planungen der Gemeinde zu der derzeit als Fußballtrainingsplatz genutzten Fläche an der Realschule Rhen –Schäferkampsweg- aussehen. Er befürchtet, dass es bei der Nutzung als Trainingsplatz bleibt.

Herr Horst fragt weiter, warum am Schäferkampsweg vor der Einmündung des Salzweges ein Schild „Sackgasse“ aufgestellt sei, dies sei an der Stelle irreführend und falsch, da durch die Anbindung des Salzweges an den Schäferkampsweg Durchgangsverkehr möglich wäre. Er bittet darum, das Schild an anderer Stelle (hinter der Einmündung Salzweg) aufzubauen.

Bürgermeister Dornquast antwortet zur Frage des Trainingsplatzes, es handle sich um eine vorübergehende Lösung.

Die Frage nach dem Verkehrsschild wird schriftlich beantwortet.

**Zu Punkt 2 der Tagesordnung:**

**„Genehmigung der Niederschrift des Umwelt- und Planungsausschusses  
37/2003-2008 am 11.06.2007“**

Herr Volker Mohr bittet darum, ihn in die Niederschrift als entschuldigt fehlend aufzunehmen. Die derzeitige Protokollierung als unentschuldigt fehlend trifft nicht zu.

Da keine weiteren Einwände gegen die Niederschrift erhoben werden, gilt diese mit der vorstehenden Änderung als genehmigt.

**Zu Punkt 3 der Tagesordnung:**

**„Genehmigung der Niederschrift des Umwelt- und Planungsausschusses  
38/2003-2008 am 02.07.2007“**

Die Niederschrift gilt ohne Einwände als genehmigt.



#### **Zu Punkt 4 der Tagesordnung:**

##### **Berichtswesen**

- **Bericht Nr. 04/13/2007**  
„Erteilung gemeindliches Einvernehmen gemäß § 36 BauGB“
- **Bericht Nr. 04/14/2007**  
„Verfahrensstände der Bebauungspläne und Änderungsverfahren“
- **Bericht Nr. 04/15/2007**  
„Planungsstände und Bauzustände Grünplanung und Umwelt
- **Bericht Nr. 04/16/2007**  
„Planungsstände und Bauzustände von gemeindlichen Projekten im Tiefbau“
- **Bericht Nr. 04/17/2007**  
„Fällarbeiten und größere Gehölzschneidearbeiten in den Grünanlagen der Gemeinde Henstedt-Ulzburg bis Frühjahr 2007“

Die Berichte 13, 14 und 15 werden ohne Fragen zur Kenntnis genommen.

Zu Bericht Nr. 16 erläutert Bürgermeister Dornquast auf Nachfrage, dass für die mangelhafte Wiederherstellung der von „wilhelm.tel“ für die Glasfaserverkabelung in Anspruch genommenen Flächen eine Gewährleistungspflicht der ausführenden Firmen gegenüber der Gemeinde besteht. Wenn Mängel in der Ausführung und Wiederherstellung erkennbar sind, wird „wilhelm.tel“ bzw. deren Beauftragte zur Beseitigung im Rahmen der Gewährleistung herangezogen.

Zu Bericht Nr. 17 vermisst Herr Köhlmann-Thater Aussagen zur Knickpflege und über die Vorausschau der ab Herbst 2007 geplanten Maßnahmen.

Bürgermeister Dornquast kündigt einen entsprechenden Bericht für die nächste Sitzung des UPA an.

Weitere Fragen werden nicht gestellt.

#### **Zu Punkt 5 der Tagesordnung:**

##### **Bushaltestelle Kranichstraße / AKN**

Den Ausschussmitgliedern ist zu diesem Punkt eine Beratungsvorlage zugegangen.

Bürgermeister Dornquast erläutert die Planalternativen für die Leitung des Busverkehrs durch die Kranichstraße und die Falkenstraße. Er führt aus, die Alternative 2 der vorgestellten Planung erhalte der Gemeinde die Möglichkeit einer Förderung des Vorhabens (wie in der Vorlage verdeutlicht) aus Mitteln des GVFG in Höhe von 150.000,- EUR.

Herr Köhlmann-Thater macht für die WHU geltend, noch einmal über Planungsänderungen nachzudenken und durch eine Umplanung eine für die Anwohner akzeptablere Lösung zu erreichen.

Herr Ostwald plädiert für eine ausführliche Beratung in den Fraktionen. Erst danach soll eine Entscheidung getroffen werden.



Frau Honerlah stellt eine Planungsvariante zur Debatte, die auch einen veränderten Standort für die Taxen vorsieht.

Der Vorsitzende stellt die Frage, ob denn eine neue Bushaltestelle in der Falkenstraße überhaupt notwendig sei und ob durch eine Parkraumbewirtschaftung eine bessere Regulierung des anfallenden PKW –Verkehrs denkbar wäre. Darauf antwortet Bürgermeister Dornquast, bei der geplanten Haltestelle in der Falkenstraße handle es sich um eine sogenannte Komforthaltestelle, die nicht zwingend notwendig sei.

Herr Köhlmann-Thater plädiert angesichts der mangelnden Akzeptanz der Anwohner für eine erneute Beratung dieser Vorlage in den Fraktionen.

Herr Rauen schlägt als Vorsitzender vor, nun im Rahmen einer vorgezogenen Einwohnerfragezeit Teil 2 (Punkt 21 der TO) die anwesenden Einwohner mit ihren Fragen zu diesem Thema zu Wort kommen zu lassen.

Der Vorschlag findet die Zustimmung der Ausschussmitglieder.

Die Anwohner stellen Fragen und geben ihre Meinung zur Kenntnis:

- Herr Steenbuck äußert die Befürchtung, der Verkehrswert der Hausgrundstücke in der Falkenstraße könne sich bei Umsetzung der Verkehrsplanung deutlich verringern.
- Herr Kieselbach möchte wissen, ob eine Einbahnstraßenregelung auch für Fahrradfahrer zwingend gilt.
- Herr Wolf äußert seine Befürchtung der Busverkehr sei durch die häufigen Durchfahrten eine große Lärmbelastung für die Anwohner.
- Frau Kieselbach gibt zu Bedenken, dass die Situation für Kinder durch den Busverkehr gefährlicher werden könnte. Sie bemängelt, dass es häufig an einer Kontrolle fehle, wenn verkehrsregelnde Maßnahmen getroffen werden.

Bürgermeister Dornquast sieht keine Auswirkungen auf den Verkehrswert der Grundstücke durch die geplante Verkehrsregelung. Eine gute ÖPNV Anbindung könne im Gegenteil auch ein Standortvorteil sein.

Es ergibt sich noch eine kurze Diskussion zu unterschiedlichen Standpunkten.

Der Ausschuss ist sich einig, dass noch kein Beschluss gefasst werden soll. Der Tagesordnungspunkt soll noch einmal in den Fraktionen und daran anschließend in der Oktobersitzung des Ausschusses beraten werden.



**Zu Punkt 6 der Tagesordnung:**

**„Bebauungsplan Nr. 37 „Radeland, 3. Änderung“**

- erneuter Aufstellungsbeschluss -**
- Entwurfs- und Auslegungsbeschluss –**

Den Ausschussmitgliedern ist zu diesem Tagesordnungspunkt eine Beratungsvorlage zugegangen, die von Bürgermeister Dornquast erläutert wird.

Die Frage von Herrn V. Mohr, ob der Wanderweg bei der geänderten Planung wegfallen würde, wird von Bürgermeister Dornquast bejaht.

**Beschluss:**

- 1. Der Umwelt- und Planungsausschuss beschließt für das Gebiet - südlich des EBO-Gleises - westlich des Kirchweges - östlich der Bebauung Moorland - nördlich der Reihenhausbauung Radeland - im Ortsteil Ulzburg - die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 37 „Radeland“ (Anbindung Kirchweg) aufzustellen.**

**Das Verfahren wird nach § 13a Abs. 1 Nr. 1 Baugesetzbuch (BauGB) im beschleunigten Verfahren durchgeführt.**

**Es werden folgende Planungsziele angestrebt:**

- **Umplanung der Straßeneinmündung Radeland / Kirchweg**
  - **Neufestlegung der Baugrenzen**
  - **Erhöhung der Grundflächenzahl für das Gebiet**
  - **Veränderung der gestalterischen Festsetzungen**
  - **Abarbeitung der umweltbezogenen Belange**
- 2. Die Ausarbeitung der Planentwürfe erfolgt durch das Planungsbüro Architektur + Stadtplanung.**
  - 3. Von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung der allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung nach § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB (frühzeitige Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung) wird gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB abgesehen.**
  - 4. Gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 13 Abs. 3 Satz 1 BauGB wird von der Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB und von der Aufstellung eines Umweltberichts nach § 2a BauGB abgesehen.**
  - 5. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. Hierbei sind**



die Vorschriften des § 13a Abs. 3 BauGB zu berücksichtigen.

6. Die Entwürfe der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 37 „Radeland“ (Anbindung Kirchweg) für das Gebiet - südlich des EBO-Gleises - westlich des Kirchweges - östlich der Bebauung Moorland - nördlich der Reihenhausbebauung Radeland - im Ortsteil Ulzburg - , und der Begründung dazu, werden in den vorliegenden Fassungen gebilligt.
7. Die Entwürfe der Planung und der Begründung sind gem. § 13a Abs. 2 Nr. 1 i.V.m. § 13 Abs. 2 Nr. 2+3 BauGB öffentlich auszulegen; es gilt die Hinweispflicht nach § 3 Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 2 BauGB. Die nach § 4 Abs. 2 BauGB Beteiligten sind von der Auslegung zu benachrichtigen.
8. Für diese Bebauungsplanänderung sind gemäß § 4 Abs. 2 Satz 1 BauGB die Stellungnahmen der Behörden einzuholen. Der Planentwurf ist gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit den betroffenen Nachbargemeinden abzustimmen.
9. Die Verfahrensschritte zur Beteiligung der Behörden (§ 4 Abs. 2 Satz 1 BauGB) und die öffentliche Auslegung (§ 3 Abs. 2 Satz 1 BauGB) sind nach § 4a Abs. 2 Satz 1 BauGB gleichzeitig durchzuführen.

**Beschlussfassung:** einstimmig

**Zu Punkt 7 der Tagesordnung:**

„Bebauungsplan Nr. 65 „Am Wischhof-Westteil“, 1. Änderung“  
(Ecke Norderstedter Straße / Schniederkoppel)

- Beratung über die eingegangenen Anregungen und Bedenken der öffentlichen Auslegung -
- Satzungsbeschluss –

Den Ausschussmitgliedern ist zu diesem Tagesordnungspunkt eine Beratungsvorlage zugegangen, die von Bürgermeister Dornquast erläutert wird.

**Beschluss:**

Der Umwelt- und Planungsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, den Satzungsbeschluss für die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 65 „Am Wischhof-Westteil“ (Ecke Norderstedter Straße / Schniederkoppel) zu fassen.

**Beschlussfassung:** einstimmig



**Zu Punkt 8 der Tagesordnung:**

**„Bebauungsplan Nr. 72 „Trögenölk“, 5. Änderung“ (südlich Lärmschutzwand Kadener Chaussee)**

- Beratung über die eingegangenen Anregungen und Bedenken der öffentlichen Auslegung -
- Satzungsbeschluss –

Den Ausschussmitgliedern ist zu diesem Tagesordnungspunkt eine Beratungsvorlage zugegangen, die von Bürgermeister Dornquast erläutert wird.

**Beschluss:**

**Der Umwelt- und Planungsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, den Satzungsbeschluss für die 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 72 „Trögenölk“ (südlich Lärmschutzwand Kadener Chaussee) zu fassen.**

**Beschlussfassung: einstimmig**

**Zu Punkt 9 der Tagesordnung:**

**„Bebauungsplan Nr. 87 „Südlich Am Lindenhof“, 2. Änderung“**

- Beratung über die eingegangenen Anregungen und Bedenken der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung -
- Entwurfs- und Auslegungsbeschluss –

Den Ausschussmitgliedern ist zu diesem Tagesordnungspunkt eine Beratungsvorlage zugegangen, die von Bürgermeister Dornquast erläutert wird.

**Beschluss:**

1. Die Entwürfe der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 87 „Südlich Am Lindenhof“ für das Gebiet südlich der Lindenstraße - westlich der Hamburger Straße - nördlich der Schulstraße - östlich der Bebauung Lindenstraße 11 bis 29 - für die Flurstücke 44/5, 44/6 und 38/2 - im Ortsteil Ulzburg - , und der Begründung dazu sowie der Umweltbericht werden mit folgenden Änderungen gebilligt:
  - Die Anregungen der Bewohner des Grundstücks Lindenstraße 5 werden in der Planzeichnung berücksichtigt.
  - Die Begründung wird hinsichtlich der Anregung des Kreises Segeberg zur Eingriffsregelung ergänzt.
2. Die Entwürfe der Planung und der Begründung sowie der Umweltbericht sind nach § 3 Abs. 2 Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich auszulegen. Die beteilig-



**ten Behörden sind von der Auslegung zu benachrichtigen.**

- 3. Für die Aufstellung dieses Bebauungsplanes sind gemäß § 4 Abs. 2 Satz 1 BauGB die Stellungnahmen der Behörden einzuholen. Der Planentwurf ist gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit den betroffenen Nachbargemeinden abzustimmen.**
- 4. Die Verfahrensschritte zur Beteiligung der Behörden (§ 4 Abs. 2 Satz 1 BauGB) und die öffentliche Auslegung (§ 3 Abs. 2 Satz 1 BauGB) sind nach § 4a Abs. 2 Satz 1 BauGB gleichzeitig durchzuführen.**

**Beschlussfassung: einstimmig**

**Zu Punkt 10 der Tagesordnung:**

- „Bebauungsplan Nr. 92 „Nördlich Dorfstraße“, 1. Änderung“ (Kreisverkehr)**  
**- Beratung über die eingegangenen Anregungen und Bedenken der öffentlichen Auslegung -**  
**- Satzungsbeschluss –**

Den Ausschussmitgliedern ist zu diesem Tagesordnungspunkt eine Beratungsvorlage zugegangen.

Bürgermeister Dornquast erläutert die Planung unter dem Gesichtspunkt der möglichen Auswirkungen der Lichtsignalanlage auf den Verkehrsfluss im geplanten Kreisel.

Herr Ostwald erklärt, dass die in der Vorlage getroffenen Aussagen zu den verkehrstechnischen Problemen aus der Kombination zwischen der LSA und dem geplanten Kreisverkehr nicht überzeugend sind und weist auf die erwartete Zunahme der sich durch den „Netto-Markt“ ergebenden Verkehre hin.

Herr Schümann schlägt vor, für den Fußgängerverkehr eine sichere und sinnvolle Ampel-Lösung zu schaffen.

Da auch in der sich anschließenden regen Diskussion die verkehrlichen Belange nicht endgültig geklärt werden können, kommen die Ausschussmitglieder überein, hierüber nochmals fraktionsintern zu beraten. Es besteht Einvernehmen, dass diese Angelegenheit in der Gemeindevertretung abschließend behandelt und beschlossen werden soll.



**Zu Punkt 11 der Tagesordnung:**

- „Bebauungsplan Nr. 99 „Schule Ulzburg-Süd - Abschiedskoppel“,  
3. Änderung“ (abweichende Bauweise Grundschule)  
- Beratung über die eingegangenen Anregungen und Bedenken der  
frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung -  
- Entwurfs- und Auslegungsbeschluss –**

Den Ausschussmitgliedern ist zu diesem Tagesordnungspunkt eine Beratungsvorlage zugegangen, die von Bürgermeister Dornquast erläutert wird.

**Beschluss:**

- 1. Die Entwürfe der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 99 „Schule Ulzburg-Süd - Abschiedskoppel“ (abweichende Bauweise Grundschule) für das Gebiet - südlich der Abschiedskoppel - östlich der Bebauung an der Hamburger Straße - nördlich der Biotopfläche „Drögeneck“ - westlich der Bebauung Schwanenweg - im Ortsteil Ulzburg-Süd - , und der Begründung dazu sowie der Umweltbericht werden mit folgenden Änderungen gebilligt:**

**Die Hinweise des Kreises Segeberg und des Staatlichen Umweltamtes werden berücksichtigt.**

- 2. Die Entwürfe der Planung und der Begründung sowie der Umweltbericht sind nach § 3 Abs. 2 Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich auszulegen. Die beteiligten Behörden sind von der Auslegung zu benachrichtigen.**
- 3. Für die Aufstellung dieses Bebauungsplanes sind gemäß § 4 Abs. 2 Satz 1 BauGB die Stellungnahmen der Behörden einzuholen. Der Planentwurf ist gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit den betroffenen Nachbargemeinden abzustimmen.**
- 4. Die Verfahrensschritte zur Beteiligung der Behörden (§ 4 Abs. 2 Satz 1 BauGB) und die öffentliche Auslegung (§ 3 Abs. 2 Satz 1 BauGB) sind nach § 4a Abs. 2 Satz 1 BauGB gleichzeitig durchzuführen.**

**Beschlussfassung:**

**einstimmig**



**Zu Punkt 12 der Tagesordnung:**

**„Bebauungsplan Nr. 121 „Am Kadener Galgen“**

- **Beratung über die eingegangenen Anregungen und Bedenken der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung –**
- **Entwurfs- und Auslegungsbeschluss –**

Den Ausschussmitgliedern sind zu diesem Tagesordnungspunkt Beratungsvorlagen zugegangen, die von Bürgermeister Dornquast erläutert werden.

**Beschluss:**

1. **Die Entwürfe des Bebauungsplanes Nr. 121 „Am Kadener Galgen“ für das Gebiet - südlich der Straße Beckershof - westlich des Milanweges - nördlich der AKN-Gleise - östlich der Ulzburger Landstraße - im Ortteil Beckershof -, und der Begründung dazu sowie der Umweltbericht werden mit folgenden Änderungen gebilligt:**

**Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen, die Begründung des Bebauungsplanes wird ergänzt.**

2. **Die Entwürfe der Planung und der Begründung sowie der Umweltbericht sind nach § 3 Abs. 2 Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich auszulegen. Die beteiligten Behörden sind von der Auslegung zu benachrichtigen.**
3. **Für die Aufstellung dieses Bebauungsplanes sind gemäß § 4 Abs. 1 Satz 1 BauGB die Stellungnahmen der Behörden einzuholen. Der Planentwurf ist gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit den betroffenen Nachbargemeinden abzustimmen.**
4. **Die Verfahrensschritte zur Beteiligung der Behörden (§ 4 Abs. 1 Satz 1 BauGB) und die öffentliche Auslegung (§ 3 Abs. 2 Satz 1 BauGB) sind nach § 4a Abs. 2 Satz 1 BauGB gleichzeitig durchzuführen.**

**Beschlussfassung:**

**einstimmig**



**Zu Punkt 13 der Tagesordnung:**  
**„Um- und Erweiterungsbau der zentralen Feuerwache“**

Den Ausschussmitgliedern ist zu diesem Tagesordnungspunkt eine Beratungsvorlage zugegangen.

Bürgermeister Dornquast fasst den derzeitigen Stand der Beratungen, Planungen und Beschlüsse zusammen. Er erläutert die aus den Planänderungen resultierenden vorgezogenen Investitionen.

Herr Schümann stellt Fragen zu der räumlichen Gestaltung und zu Details des Umbaus.

Bürgermeister Dornquast betont, dass die Planung auf der Grundlage der Anforderungen der Feuerwehr vorgenommen wurde, es sei jedoch noch keine abschließende Beratung im Feuerwehrausschuss erfolgt.

Bei den Ausschussmitgliedern besteht Einvernehmen, zu diesem TOP keinen Beschluss zu fassen, da das Raumprogramm für die geplanten Baumaßnahmen im hierfür zuständigen Feuerwehrausschuss abschließend beraten und beschlossen werden soll.

**Zu Punkt 14 der Tagesordnung:**  
**„Weihnachtsbeleuchtung“**

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist den Ausschussmitgliedern eine Beratungsvorlage zugestellt worden.

Bürgermeister Dornquast erinnert an die grundsätzliche Einigkeit, eine Weihnachtsbeleuchtung an den zentralen Örtlichkeiten über die Weihnachtszeit anzubringen.

Aufgrund der unerwartet hohen Kosten wird zwischen den Ausschussmitgliedern über das Für und Wider des von der Verwaltung vorgeschlagenen Konzeptes eingehend diskutiert.

Es besteht Einvernehmen, dass über diese Angelegenheit nochmals fraktionsintern beraten und anschließend hierzu ein Beschluss in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung gefasst werden soll.



**Zu Punkt 15 der Tagesordnung:**  
**„Bürgerpark Beckersberg“**  
**-Vandalismus und Verschmutzungen-**

Den Ausschussmitgliedern ist zu diesem Tagesordnungspunkt eine Beratungsvorlage zugegangen.

Herr Köhlmann-Thater bittet darum, den TOP 17 in die Beratungen einzubeziehen. Darüber besteht im Ausschuss Einvernehmen.

Herr Köhlmann-Thater erklärt, die von der WHU zu Punkt 17 der TO gemachten Vorschläge seien als Teil eines Maßnahmenkataloges und nicht, wie missverständlich in der Presse zu lesen war, als einziges Rezept gedacht.

Herr Ostwald betont, es müssten Maßnahmen ergriffen werden, die nicht lediglich die Symptome behandeln sondern an die Ursachen gehen würden. Dazu sei ein lediglich auf Kontrolle und Abwehr gerichtetes Vorgehen, etwa durch Sicherheitskräfte oder die Polizei, nicht das geeignete Mittel.

Herr Süme schlägt vor, über eine Zusammenarbeit mit Betrieben des Gewerbeparks Nord nachzudenken. Diese würden überlegen, den zunehmenden Delikten an ihren Betrieben mit einem Sicherheitsdienst zu begegnen.

Frau v. Bressensdorf regt an, die bereits bestehenden erfolgreich arbeitenden Gremien (etwa der kriminalpräventive Rat) mit in die Diskussion von Maßnahmen einzubeziehen. Dazu sei auch ein „runder Tisch“ denkbar, an dem in kompetenter Weise nach erfolgversprechenden Lösungen gesucht werden könnte.

Der Ausschuss ist sich einig, dass die Angelegenheit in den Fachausschuss für Kultur- und Jugendangelegenheiten verwiesen und dort beraten werden soll.

**Zu Punkt 16 der Tagesordnung:**  
**„Haushalt 2008“**

Den Ausschussmitgliedern ist zu diesem Tagesordnungspunkt eine Beratungsvorlage zugegangen.

Da nicht allen Ausschussmitgliedern die Haushaltsunterlagen zeitgerecht zugestellt worden sind, werden die Beratungen über den Haushalt 2008 in die Oktober-Sitzung des UPA verschoben.



**Zu Punkt 17 der Tagesordnung:**  
**„Treffpunkte für Jugendliche“**  
**-Antrag der WHU-**

Den Ausschussmitgliedern ist hierzu ein Antrag der WHU zugegangen, im Übrigen siehe TOP 15.

**Zu Punkt 18 der Tagesordnung:**  
**„Gestaltung der Hamburger Straße nach dem „Shared Space“ Konzept“**  
**-Antrag der FDP-**

Der Tagesordnungspunkt wird einvernehmlich in die Oktobersitzung des Ausschusses verschoben. Die Sitzung soll im Ratssaal stattfinden, da dort die technischen Voraussetzungen vorhanden sind, um den Vortrag zu präsentieren.

**Zu Punkt 19 der Tagesordnung:**  
**„Bau- und Vorbescheidsanträge, die von den Festsetzungen der Bebauungspläne abweichen (Befreiungen, Ausnahmen, usw.)“**

**1. Milanweg**

Bürgermeister Dornquast stellt einen Bauvorbescheidsantrag zum Bau von 4 Einzel-/Doppelhäusern am Milanweg 4-6 vor. Das Grundstück befindet sich im Bereich Beckershof. Es besteht Einvernehmen, zunächst die Änderung des F-Planes für diesen Bereich abzuwarten und erst danach über den Antrag zu entscheiden.

**2. Fasanenweg**

In einer Reihenhauseanlage im Fasanenweg 6 a-d soll ein Haus aufgestockt werden. Dafür soll sich die Dachneigung von 15° auf 45° erhöhen. Wenn erforderlich, ist im Baugenehmigungsverfahren die Zustimmung des Nachbarn einzuholen. Der Ausschuss erklärt einvernehmlich seine Zustimmung zu diesem Vorhaben.

**3. Wohldweg**

Der Ausschuss erklärt einvernehmlich seine Zustimmung zum Bau einer Carportanlage mit 6 Stellplätzen und 3 Abstellräumen. Das Vorhaben wurde für das Grundstück Wohldweg Nr. 34 beantragt.



## **Zu Punkt 20 der Tagesordnung:** **„Unterrichtungen / Anfragen“**

### **1. GS Rhen –Kunstrasenplatz-**

Bürgermeister Dornquast berichtet, dass der Kunstrasenplatz an der GS Rhen am 20. Oktober des Jahres fertig gestellt sein soll. Der Spielbetrieb kann dann aufgenommen werden.

### **2. Strukturplan „Beckershof“**

Bürgermeister Dornquast erinnert an das Schreiben des Wegezweckverbandes über die Ausgestaltung des G1K Weges „Beckershof“ und bittet die Ausschussmitglieder um eine Stellungnahme, wie hier weiter verfahren werden soll.

Es besteht Einvernehmen im Ausschuss, dass hierzu ein formeller Beschluss in der Oktobersitzung gefasst werden soll.

### **3. Bürgerpark „Dogstations“**

Bürgermeister Dornquast informiert darüber, dass die im Bürgerpark durch Vandalismus zerstörten „Dogstations“ durch robustere Typen ersetzt werden. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass die Aktion zur kostenlosen Abholung von Hundekotbeuteln im Rathaus von den Hundehaltern sehr gut angenommen wird.

### **4. Filmvorführung im Rathaus**

Bürgermeister Dornquast berichtet über die Filmvorführung „Eine unbequeme Wahrheit“ im Ratssaal, am Freitag den 31.08.07. Dazu ergibt sich ein kurzer Austausch unter den Ausschussmitgliedern.

### **5. Bauleitplanung der Nachbargemeinden**

- Stadt Norderstedt, B-Plan Nr. 267 „Süderweiterung Herold-Center“
- Gemeinde Ellerau B-Plan Nr. 15 „östl. Eichenweg und nördlich Moortwiete“
- Stadt Kaltenkirchen, B-Plan Nr. 3 „Hogfeld“, 16. Änderung
- Stadt Kaltenkirchen, B-Plan Nr. 70 „Schützenstraße“
- Gemeinde Kisdorf, B-Plan Nr. 21 „Strietkamp“

Bürgermeister Dornquast teilt zu den vorgenannten Planungen mit, dass die Belange der Gemeinde Henstedt-Ulzburg nicht berührt werden.

Bürgermeister Dornquast berichtet auch über eine Beteiligung im Falle des Bebauungsplanentwurfs „Eidelstedt 68“ der Stadt Hamburg. Hier gibt es durch die Ansiedlung eines großen Möbelmarktes eventuell Auswirkungen auf Henstedt-Ulzbürger Unternehmen. Die Gemeinde hat sich mit der Bitte um die Klärung einiger diesbezüglicher Fragen an die Stadt Hamburg gewandt.



## **6. Quelltopf der Pinnau**

Herr Ostwald erinnert an seine Anfrage zu der Situation im Bereich des Quelltopfes zum Stegbach.

Bürgermeister Dornquast antwortet, es solle aus Sicht der Verwaltung abgewartet werden, ob durch die kommende Vegetationsperiode die Kraut- und Strauchschicht wieder so dicht und undurchdringlich wird, dass der Quellbereich ungestört bleibt. Zäune und andere Schutzmaßnahmen würden für manche Besucher eher als Herausforderung gewertet und schnell wieder beseitigt.

## **7. Umrüstung von Ampelanlagen**

Frau Lessing kündigt einen Antrag der SPD mit dem Inhalt an, die Ampelanlagen in der Gemeinde Stück für Stück für sehbehinderte Personen umzurüsten.

## **8. Schule am Beckersberg –Verkehrssituation-**

Herr Ramcke weist auf die chaotische Parksituation an der Schule am Beckersberg während der Spitzenverkehrszeiten hin. Er schlägt vor, den Lehrerparkplatz als zusätzliche Stellplatzfläche freizugeben. Die Besucher würden ansonsten weiter teils im absoluten Halteverbot ihre Autos parken und so den Verkehr blockieren.

Bürgermeister Dornquast erklärt, der Verwaltung sei die Situation bekannt und schildert die Schwierigkeiten, die Besucher dazu zu bringen, die Verkehrsregelungen einzuhalten.

## **9. Pflege der Grünanlagen in der Gemeinde**

Herr Ramcke beklagt die unzureichende Pflege von Hecken und Grünanlagen in der Gemeinde. Viele Einwohner hielten sich nicht an die satzungsgemäße Verpflichtung, die Hecken, Bäume und Sträucher so zu pflegen, dass von ihnen keine Störung des öffentlichen Verkehrs ausginge. Auch die Mitarbeiter des BBH würden hier nach seiner Erfahrung nicht ausreichend tätig.

Bürgermeister Dornquast weist darauf hin, dass hier die Möglichkeiten verstärkter Kontrollen leider begrenzt sind.



## **10. Fluglärmschutzkommission**

Frau v. Bressensdorf fragt, inwieweit es zuträfe, dass der Gemeinde eine formelle Beteiligung in der Fluglärmschutzkommission verweigert würde. Bürgermeister Dornquast antwortet, die Kommission sei derzeit schon überbesetzt, so dass weitere Mitglieder nicht aufgenommen werden könnten.

Frau v. Bressensdorf fragt weiter, ob es möglich ist, eine Messstation (Fluglärm) in Henstedt-Rhen aufzustellen. Bürgermeister Dornquast antwortet, dies sei nicht sinnvoll, da es in Norderstedt-Friedrichsgabe bereits eine Station gäbe und die Messungen in dem weniger betroffenen Gebiet Henstedt-Rhen dann ohnehin geringere Belastungen anzeigen würden. Die Messungen in Norderstedt seien also auch für Henstedt-Ulzburg ausreichend.

## **11. Ortsplan**

Herr Schümann weist darauf hin, dass der aktuell erstellte Ortsplan in einigen Bereichen fehlerhaft sein würde.

Bürgermeister Dornquast antwortet, der Plan würde von einem privaten Unternehmen erstellt.

## **12. Ausbau des Gehweges an der Norderstedter Straße**

Herr Schümann fragt nach dem Stand der Entwässerung und des Ausbaus des Gehweges in Henstedt am Ortseingang in der Norderstedter Straße. Bürgermeister Dornquast antwortet, die Maßnahmen seien abgeschlossen.

## **13. Behindertengerechte Briefkästen**

Herr Köhlmann-Thater erkundigt sich nach dem Stand der Einführung von behindertengerechten Briefkästen. Bürgermeister Dornquast antwortet, die Maßnahme sei in der Bearbeitung, aber noch nicht abgeschlossen.

## **14. Flutlichtmasten**

Herr Rauen fragt, wie weit der Bau der Flutlichtmasten auf dem Gelände des MTV Henstedt und des Schulzentrums sei. Bürgermeister Dornquast antwortet, dass wegen der wetterbedingt schwierigen Bodenverhältnisse die Masten bisher nicht aufgestellt werden konnten.

## **15. RS Rhen „Taubenabwehr“**

Herr Rauen fragt nach dem Bau der Abwehrrichtung gegen die Taubenplage an der Realschule Rhen. Bürgermeister Dornquast antwortet, die Preisumfrage sei veranlasst und die Maßnahme würde danach umgesetzt.



**Zu Punkt 21 der Tagesordnung:**  
**„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“**

**1. Gestaltung der Geh- und Radwege**

Herr Horst fragt, warum die Rad- und Gehwege in der Gemeinde teilweise asphaltiert würden und damit der Boden vollständig versiegelt werde. Bürgermeister Dornquast weist auf die Zuständigkeit der jeweiligen Straßenbaulastträger hin, in deren Befugnis liege auch die Art der Oberflächengestaltung der Wege.

**2. Lärmkataster**

Herr Horst erkundigt sich danach, ob es in Henstedt-Ulzburg ein Lärmkataster gäbe oder ein solches in Arbeit sei. Bürgermeister Dornquast antwortet, ein solches Kataster zu erstellen sei gesetzlicher Auftrag und auch in Henstedt-Ulzburg derzeit in der Umsetzung.

**3. Verzeichnis der Ausgleichsflächen**

Herr Horst fragt, ob es ein Verzeichnis über Ausgleichsflächen in der Gemeinde gibt. Bürgermeister Dornquast weist auf das sogenannte „Ökokonto“ der Gemeinde hin. Hier werden die entsprechenden Ausgleichsflächen erfasst.

**4. Ausbau der Straße „Beckershof“**

Auf die Frage von Herrn Grawitter nach dem geplanten Ausbau der Straße Beckershof teilt Bürgermeister Dornquast mit, dass hierüber nunmehr endgültig in der nächsten Sitzung des UPA entschieden werden soll.

**5. „Wöddel-Teich“**

Herr Hagemann bittet um Auskunft, ob es sich bei der errichteten Steganlage im Wöddel-Teich um eine dauerhafte Einrichtung handelt. Bürgermeister Dornquast erklärt, dass diese lediglich provisorisch erstellt worden ist, damit die sich hier befindliche Insel instand gesetzt werden kann.

Es werden keine weiteren Fragen gestellt.

Herr Rauen schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt nach Ausschluss der Öffentlichkeit fest, dass die Nichtöffentlichkeit hergestellt worden ist. Er ruft den Tagesordnungspunkt 22 auf.



**Zu Punkt 22 der Tagesordnung:**

**„Vergabe der Kanal- und Straßenbauarbeiten für den Ausbau des  
Kirchweges von der Lindenstraße bis zur Bahnhofstraße“  
- nichtöffentlich –**

Siehe Anlage zur Niederschrift.

Die Anlage ist vertraulich zu behandeln und nicht für die Öffentlichkeit bestimmt.

Im Anschluss an die Beratung des Tagesordnungspunktes stellt Herr Rauen die Öffentlichkeit wieder her und schließt die Sitzung um 21.20 Uhr.

---

gez. Frank Rauen  
(Ausschussvorsitzender)

gez. Christian Herzbach  
(Protokollführer)

Gesehen:

gez. Volker Dornquast  
(Bürgermeister)